

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 100 M. z. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Petitzeile ober deren
Raum M. 130.—, auswärts M. 150.—, Retlame-
zeile 350 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufertellung werden
jeweils 75 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagsgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 106

Samstag 179

Wildbad, Dienstag, den 8. Mai 1923

Samstag 179

58. Jahrgang

Lasten und Leistungen

Welch ungeheures Angebot Deutschland mit dem Vor-
schlag, 30 Milliarden Goldmark zu zahlen, von denen die
ersten 20 Milliarden sofort zur Zeichnung aufzuliegen
sein würden, gemacht hat, wird besonders deutlich durch eine
Berechnung der Steuerlast, die schon jetzt die deutsche
Volkswirtschaft zu tragen hat. Um jedoch durch den Scheiter,
mit dem die Goldbewertung die ganze Finanzwirtschaft um-
hüllt hat, durchzuschauen muß man die Papiermarkzahlen
auf eine feste Grundlage, die sogenannte Goldmark be-
ziehen. Freilich, der Begriff der Goldmark ist nicht mehr ein-
deutig. Man kann eine Goldmarkgrundlage herstellen ein-
mal dadurch, daß man die Einnahmen auf den jeweiligen
Dollarkurs — in der Annahme, der Dollar stelle den
Goldwert dar — berechnet.

Diese Goldmarkzahlen würden aber keinen sachgemäßen
Ausdruck für die tatsächliche Goldbelastung der deutschen
Volkswirtschaft geben, sie wären viel zu niedrig da die
Kaufkraft der Mark im Inland eine größere ist als auf
dem Weltmarkt. Näher kommt man der Wirklichkeit schon
dadurch, daß man als Goldgrundlage die Großhandels-
indexziffern nimmt und auf Grund dieser die Papier-
markzahlen in Goldmark umrechnet. Man erhält dadurch
ein Bild von den Reicheinnahmen, die zur Deckung der
notwendigen Ausgaben, insbesondere der Aus-
gaben sachlicher Natur, zur Verfügung stehen. Das ist aber
immer noch kein Ausdruck für die Goldbelastung der deut-
schen Volkswirtschaft, auch diese Zahlen sind noch zu nie-
drig. Einen Ausdruck für die Goldbelastung der deutschen
Volkswirtschaft erhält man erst durch Umrechnung der Pa-
permarkzahlen in Goldmark auf Grund der Lebens-
mittelindexziffern. Denn die Einnahmen des Reichs
können immer nur aus den privaten Einkommen geschöpft
werden, dies aber dürfte sich im großen Gesamtdurchschnitt
auf dem Stand der Lebenshaltungskosten bewegen.

In den Aufstellungen des Statistischen Reichsamts über
die Reicheinnahmen, die indessen für die letzten Monate
1923 noch nicht endgültig sind, fällt zunächst die starke Ver-
schiebenheit zwischen den über den Großhandelsindex und
über den Lebenshaltungsindex berechneten Ziffern auf. Die
Großhandelsindex-Goldmarkzahlen sind in allen Monaten
niedriger als die Lebenshaltungsindex-Goldmarkzahlen, zum
Teil betragen sie bloß die Hälfte der letzteren. Das ist von
weittragender Bedeutung nicht nur für den Reichshaushalt,
sondern nicht minder für die gesamte Volkswirtschaft. Denn
es zeigt, daß infolge der herabgedrückten Lebens-
haltung der Gesamtbevölkerung, — die in der Spanne
zwischen Großhandelspreisen und Lebenskosten zum Aus-
druck kommt, — die für die Ausgaben zur Verfügung stehende
Kaufkraft der Reicheinnahmen viel geringer ist als die Be-
lastung der Volkswirtschaft durch eben diese Reicheinnah-
men. Die Volkswirtschaft trägt infolgedessen gewissermaßen
eine tote Last mit sich. Die Steuerlast ist größer
als die Kaufkraft der entsprechenden Ein-
nahmen.

Betrachtet man die Goldbelastung auf Grund der Le-
benshaltungsindexziffern, so zeigt sich im Lauf
des Jahres 1920 ein mächtiges Ansteigen, von 130,6 Millio-
nen Goldmark im Januar auf 715,0 Millionen Goldmark
im Dezember. Der Monatsdurchschnitt stellt sich auf 238,3
Millionen. Im folgenden Jahr hält sich die Belastung im
großen ganzen auf der Höhe der letzten Monate des Jahres
1920, der Monatsdurchschnitt übersteigt mit 316,5 Millionen
den von 1920 beträchtlich. Das Jahr 1922, in dem sich die
Belastung bis etwa zur Mitte auf der Höhe von 1921 bewegt,
bringt in den letzten Monaten ein hartes Absinken. Diese
Zahlen dürften aber — da noch Eingänge im Jahr 1923 für
1922 zu buchen sein werden — zu niedrig sein. Der Mo-
natsdurchschnitt stellt sich auf 327,7 Mill. Berechnet man
die Kopf-Belastung, so ergibt sich im Monatsdurch-
schnitt 1920 eine solche von 3,91 Goldmark 1921 von 8,48
Goldmark, 1922 von 5,38 Goldmark (letzte Zahl aber, wie
erwähnt, viel zu niedrig).

Stellt man diesen Beträgen die Belastung in der
Vorkriegszeit gegenüber, so zeigt sich, in welcher enor-
men Weise die Steuerbelastung nach dem Krieg gestiegen ist.
Nach der Reichsstatistik betrug die Belastung auf den Kopf
an Steuern und Zöllen im Reich und Bundesstaaten im Jahr
1910: 43,02 Mark, im Jahr 1914: 53,11 Mark; dies würde
einem Monatsdurchschnitt von 3,51 Mark im Jahr 1910 und
4,43 im Jahr 1914 entsprechen. Die Belastung war
somit rein zahlenmäßig in der Vorkriegs-
zeit um etwa die Hälfte geringer als in den
Jahren 1921 und 1922. Allem schon diese Steigerung von
fast 100 Prozent würde eine außerordentliche Zunahme der
Steuerlast bedeuten. In Wirklichkeit ist die Mehrbelastung
aber noch eine viel größere. Nicht nur auf die ab-
solute Höhe der Steuerlast kommt es an, sondern erst das
Verhältnis zwischen Steuerlast und Lei-
stungsfähigkeit der Volkswirtschaft oder was
das gleiche ist: Kaufkraft und Steuerlast der Bevölkerung

Kurze Tagesübersicht.

Die ablehnende französisch-belgische Antwortnote ist
im Ton äußerst scharf, das deutsche Bemühen um
Verhandlungen so gut wie gescheitert, wenn auch die
ganze Sachlage zu einem Weiterwippen der schrift-
lichen Verhandlungen zunächst freibt.

Die Antwort Englands wird für die nächsten Tage
erwartet. Dann wird von der deutschen Regierung er-
widert werden. Der Reichskanzler wird am Freitag
im Reichstag sprechen.

Der Reichstag erklärte sich in seiner Mehrheit dafür,
daß durch das Vorgehen der Berliner Polizei gegen
die Deutsch-völkischen die Immunität der drei Ab-
geordneten dieser Gruppe nicht verletzt wurde.

Reichskanzler Dr. Cuno kehrt am Dienstag nach
Berlin zurück.

Der württembergische Minister des Innern Graf
(Zentr.) ist am Montag nachmittag gestorben.

ist ein zutreffender Ausdruck für die Steuerlast. Die Lei-
stungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, die durch den Krieg und
vor allem durch den Friedensvertrag, außerordentlich ge-
schwächt und herabgedrückt worden. Vor dem Krieg ruhte
die Steuerlast auf einem wohlhabenden, ja reichen Land
und Volk, das diese leicht zu tragen vermochte; gegenwärtig
steht hinter einer bedeutend größeren Steuerlast ein völ-
lig verarmtes Volk, das diese nur unter großen Mühen,
Opfern und Entbehrungen aufzubringen vermag. Denn es
ist ein großer Unterschied, ob die Steuer aus frei zur Ver-
fügung stehenden Einkommensstellen entrichtet werden kann,
oder ob, wie gegenwärtig, die Lebenshaltung ein-
geschränkt werden muß, um die Steuern zahlen zu
können. Schon die zahlenmäßig gleich große Belastung
würde infolgedessen heute viel stärker gespürt, am wie viel
mehr muß eine fast 100prozentige Mehrbelastung die Volks-
wirtschaft drücken.

Einen zahlenmäßigen Ausdruck für den Rück-
gang des Volkseinkommens zu gewinnen ist frei-
lich schwer, und man wird sich hier mit Annäherungswerten
auf Grund von Schätzungen begnügen müssen. Vor dem
Krieg wurde das gesamte deutsche Volkseinkommen auf rund
40 Milliarden (von Heffner) geschätzt. Gegenwärtig hat
man Anhaltspunkte in der Einkommensteuer. In der Mitte
des Jahres 1922, Monat Juli, kamen 7686,8 Millionen Pa-
permark an Einkommensteuern auf, dies ergibt bei einer
Einkommensteuer von 10 Prozent ein monatliches Einkom-
men von 76,9 Milliarden. Die weitestgehende Mehrzahl
der Personen, etwa zwei Drittel, die den Lohn- und Ge-
haltsempfänger sein, die nur 10 Prozent Einkommensteuern
zahlen; es wären noch die höher veranlagten Personen zu
berücksichtigen mit einem Zusatzeinkommen von rund 25 Mil-
liarden, in der Annahme nämlich, daß dieses letzte Drittel
nicht 10 Prozent, sondern 20 Prozent Einkommensteuern
durchschnittlich zahlte. Außerdem sind das abgezogene Exi-
stenzminimum die Kinderergänzungen und die unter der
Grenze des Existenzminimums fallenden steuerfreien Per-
sonen in Rechnung zu stellen mit, gut gerechnet, 10 Prozent
des steuerbaren Einkommens. Ergibt sich somit ein monat-
liches Einkommen von 112,7 Milliarden und infolgedessen
ein Jahreseinkommen im Jahr 1922 von 1350,9 Milliarden
Papiermark. Die Berechnung in Gold kann einmal auf den
damaligen Dollarstand erfolgen, dann erhält man eine Zahl,
die mit dem Friedenseinkommen vergleichbar, aber gemessen
an der Inlandskaufkraft der Mark zu gering ist. Um in
leichterer Hinsicht der Wirklichkeit mehr zu entsprechen, muß
man die Papiermark auf den Lebenshaltungsindex beziehen.
Auf den Dollarstand umgerechnet erhält man für 1922 ein
Volkseinkommen von etwa 12 Milliarden Gold-
mark. Auf den Lebenshaltungsindex bezogen dagegen etwa
noch ein Mal so viel: 24,3 Milliarden Goldmark. Ver-
glichen mit dem Vorkriegsvolkseinkommen beträgt somit
gegenwärtig dieses, am Dollarstand gemessen, ein reichliches
Drittel am Lebenshaltungsindex gemessen etwas über die
Hälfte.

Die Antwort Frankreichs und Belgiens

Paris, 7. Mai.

Agence Havas veröffentlicht den Wortlaut der Note, die
als Antwort auf die deutsche Note vom 2. Mai dem deutschen
Gesandtschaftsrat in Paris, Botschaftsrat v. Hörsch, am
Sonntag abend 7 Uhr übergeben worden ist.

Die französische und die belgische Regierung bestreiten,
daß irgendeine ihrer Maßnahmen mit dem Friedensvertrag

nicht übereinstimme, dagegen stehen die deutschen Vorschläge
in mehreren Punkten in Widerspruch mit dem Vertrag.
Deutschland habe unterschrieben die auf Grund des Friedens-
vertrags am 5. Mai 1921 festgesetzten Zahlungsbedingungen
(Londoner Ultimatum) anerkannt, aber es habe die über-
nommenen Verpflichtungen nicht gehalten, nicht ein-
mal nach dem ihm bewilligten Zahlungsausschub. Auf Grund
dieser Tatsache haben Frankreich und Belgien in Gemäßheit
des Friedensvertrags Pfänder genommen. Und wenn es nur von
diesen beiden Mächten abhinge, hätten sie sofort im Ruhrgebiet
die „Zusammenarbeit“ zwischen der französischen und der
deutschen Industrie im ganzen herbeigeführt.

Die Befehle von Berlin haben diese Zusammen-
arbeit verhindert. Nicht die Bevölkerung habe den passi-
ven Widerstand gemacht, sondern die Reichs-
regierung habe ihn eingerichtet. Wie würde sonst die Re-
gierung Herr sein, ihn abzukürzen oder zu verlängern? Der
Widerstand sei aber nicht intonlos abwehrend (passiv), son-
dern feindselig tätig (aktiv), während der Friedensvertrag
ausdrücklich festsetze, daß Deutschland nicht berechtigt sei,
eine Zwangsmahnahme der Verbündeten als feindselige
Handlung anzusehen, wenn die Wiederherstellungskommission
eine Verletzung Deutschlands festgestellt haben würde.
Die beiden Regierungen können keinen deutschen Vorschlag
berücksichtigen, so-
lange dieser Widerstand fortgesetzt wird. Sie wollen nicht
das Leben ihrer Truppen und Beamten Anschlägen ausgesetzt
sehen (!), während man die zu
regelnden Fragen prüft.

Die vorliegenden Vorschläge seien übrigens in mehr-
facher Hinsicht vollkommen unannehmbar. Sie stellen
nur ein Viertel der von der Entschädigungskommission fest-
gesetzten Summe dar; eine Herabsetzung ihrer
Forderung können die beiden Mächte nicht
annehmen, und wenn sie bereit wären, einen Teil mit
ihren Schulden in England und Amerika auszugleichen, so
müßten sie doch den vollen Rest verlangen. Das Interesse
Frankreichs, der ganzen Welt und die Gerechtigkeit gebieten,
daß die geschädigten Länder nicht mehr dazu verurteilt seien,
sich selbst zu ruinieren und die Wiederauf-
richtung ihrer Schuldner zu begünstigen.
Das Angebot von 30 Milliarden enthalte, nach einem von
deutscher Seite gebrauchten Ausdruck, eine „Elastizität“,
deren Willkür und Gefahren man nicht ausdrücklich
aufzuzeigen brauche.

Die deutsche Reichsregierung habe nie aufgehört, gegen
die „Unbestimmtheit“ ihrer Verpflichtungen Einspruch zu er-
heben, und deshalb könne sie sie nicht erfüllen. Geschieht
das, weil sie deren endgültige Ziffer nicht kennt? Heute
setze sie schon mehr als drei Fünftel des festen Teils ihrer
Schuld herab und verringere den unbestimmten Teil um
mehr als sieben Achtel, — aber sie spreche immer noch von
„Unbestimmtheit“. Tatsächlich handle es sich in dem deut-
schen Vorschlag nur um scheinbare 30 Milliarden Goldmark.
Der wirkliche Betrag rechne erst vom 1. Juli 1927 für eine
Summe von 20 Milliarden. Deutschland verlange also einen
vollen Zahlungsausschub von 4½ Jahren. Da aber die
Zinsen bis 1. Juli 1927 von dem Ertrag der Anleihe ge-
nommen werden sollten, so würde bei einem Diskont von
6 Prozent die 20 Milliarden tatsächlich auf 15 Milliarden
820 Millionen Goldmark zusammenschmelzen.

Deutschland verbürge aber nicht einmal die Zahlung
dieses verringerten Betrags an dem genannten Tag, sie gehe
vielmehr davon aus, daß, wenn die 20 Milliarden nicht
durch Anleihen gedeckt werden, der nicht bezahlte Teil nur
den lächerlichen Zins von 5 Prozent einbringen und einen
zu tilgenden Betrag bilden solle. Nach weniger Sicherheit
biete es bezüglich der beiden Ergänzungsbeträge von je
5 Milliarden. Derartige Unsicherheiten machen jede ernste
Schätzung des Angebots unmöglich.

Heberdies haben die französische und die belgische Re-
gierung auf der Pariser Konferenz einmütig den Gedanken
ausgesprochen, daß etwa die Entschädigungskommission ihrer
im Friedensvertrag gewährleisteten Zuständigkeit entleidet
und durch eine internationale Kommission, internationale
Ausschüsse von Geschäftsleuten oder Schiedsgerichte ersetzt
werde.

Bezüglich der Sicherheiten für Darlehen und
Sachlieferungen beschränkte sich die deutsche Reichsre-
gierung auf die unbestimmtesten und unklarsten
Gedanken, und trotz aller Mahnungen und Anwei-
sungen der Verbündeten wisse die Reichsregierung heute
noch nicht, wie sie ihre Finanzen ordnen und ihre Wäh-
rung besetzen solle. Und genau so unbestimmt seien
die gebotenen politischen Sicherungsbürgschaften für
Frankreich; von Belgien spreche sie überhaupt nicht.
Auch in diesem Punkt können die beiden Regierungen
sich nicht begnügen.

Die französische und die belgische Regierung haben beschlossen, die neubesetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen, und an diesem Beschluß haben sie nichts zu ändern. Sie können aber die Bemerkung nicht unterlassen, daß die deutsche Note von Anfang bis zum Ende nur der kaum verhehlte Ausdruck einer planmäßigen Auflehnung gegen den Vertrag von Versailles ist. Dies würde zu einem moralischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Nachkrieg Deutschlands führen. Es wolle von den Ruinen, die es in Belgien und Frankreich gehäuft habe, Nutzen ziehen, um sich die industrielle Ueberlegenheit über die Länder zu sichern, die es verwüstet habe. Die deutsche Reichsregierung werde, wenn sie über ihre „Forderungen“ überhaupt nachdenken wolle, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.

Das Kriegsgericht in Werden

Von einem deutschen Juristen

Der Krupp-Prozess in Werden a. d. R. wird im Rahmen späterer Geschichtsschreibung als eine lächerliche und abgeschmackte Komödie erscheinen, deren sich nur die Franzosen zu schämen haben, die heute den verzweifeltsten Versuch machen, die Blutschuld der Karstadttragödie von ihren Händen abzuwaschen. Lächerlich ist an diesem Prozeß fast alles, auch wenn es dabei für keinen Beteiligten vorerst etwas zu lachen gibt. Das Verfahren findet vor einem französischen Kriegsgericht mitten im Frieden auf deutschem Boden statt! Die Stadt Werden ist durch Zwang von der deutschen Umwelt abgeperert. Und wenn auch die deutsche Presse in ihrer Berichterstattung angeblich nicht behindert werden soll, ist vor allem durch eine besondere Telegraphenleitung Werden—Paris dafür gesorgt, daß die französische „Auffassung“ nicht zu kurz kommt. Der Prozeß ist, man möchte sagen, aus Willkürlichkeiten und Rechtsmüdigkeiten zusammengesetzt. Die Anklage gründet sich nicht auf ein Gesetz, sondern auf eine Verordnung Nr. 22 des General De goutte, also auf den höchst fragwürdigen Befehl eines militärischen Gebietsverwalters. Sie bedroht die „Störung der öffentlichen Ordnung“ und ein „Komplotz gegen die Sicherheit der französischen Truppen“ mit den blutdürstigsten Kriegsstrafen, nämlich mit Tod, oder lebenslänglichem Gefängnis, mindestens aber 10 Jahren bei schweren Verbrechen. Das „Komplotz“ wird darin gesehen, daß die Direktion des Kruppwerkes schon am 10. Januar des Jz., also vor Erscheinen der französischen Truppen Beschlüsse über Maßnahmen bei einer Besetzung, insbesondere über das Heulen der Sirenen gefaßt hatte. Die Sirenen sollten lediglich das Zeichen geben, daß sich die Arbeiter aus ihren Werkstätten zu entfernen haben. Die Franzosen scheinen aber das Sirenenheulen als eine Art kriegerisches Gegenstück zu ihrem Clairon-Spektakel (die „Clairons“ sind die widerlich klingenden Signalarbeiter der französischen Truppen) aufzufassen. Genug, auf diesem Weg konnte man auch den obersten Leiter des Essener Werks, dem Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach (der geschäftstechnisch nur Vorsteher des Aufsichtsrats der A.-G. ist) den Prozeß machen, indem man ihm nämlich vorwarf, daß er das Heulen der Sirenen „nicht verboten“ habe. So wurde aus dem Prozeß „Hartwig und Genossen“ die für die Weltbeschwindelung viel brauchbarere Anklage gegen „Krupp und Genossen“. Dieser Kniff fiel leider der mit größter Heimlichkeit arbeitenden militärischen Untersuchungskommission erst in letzter Stunde vor Eröffnung des Hauptverfahrens ein, offenbar auf einen politischen Wink von Paris hin. Politische Gefässigkeit und Nachsicht war es ja auch, die dazu führte, daß man das Verfahren gegen die Direktoren mit der Anklage gegen drei Arbeiter wegen — Diebstahls und Hehlerei an einem belgischen Motorrad verband, eine Angelegenheit, die mit den angeblichen politischen Vergehen der Direktoren nichts zu tun hat. Der Einspruch des Hauptverteidigers, Marinand, zu Beginn der Hauptverhandlung, kam natürlich zu spät. Die französische Stimmungsmache hatte ihre Wirkung auf die Offenheit schon weg. Diese Wirkung ging dahin, daß die Leiter des weltberühmten Kruppwerkes auf derselben Bank mit den angeklagten Dieben Platz nehmen mußten. Das ist die französische Durchtriebenheit, vor der der deutsche Michel in seinem Glauben an die Würde der Rechtspflege einfach starr steht. Durchtriebenheit war es ja auch, daß Krupp von Bohlen über Nacht aus einem Zeugen zu einem Angeklagten gemacht wurde. So fiel das für die Franzosen bedenkliche Gewicht, das die beidseitige Aussage des obersten Leiters des Kruppwerkes haben konnte, oft und

lautlos weg. Trotzdem ist dafür gesorgt, daß die Bäume der Franzosen in diesem Prozeß nicht in den Himmel wachsen. Das Urteil verkündet viel dadurch, daß von den zehn angeklagten Direktoren fünf nicht auf die Anklagebank zu bringen waren. Die Franzosen hängen also, wie die Nürnberger, keinen, den sie nicht haben. Nach französischem Recht kann gegen einen Angeklagten in Abwesenheit zwar verhandelt werden, aber die Verteidigung eines abwesenden Beschuldigten ist bei Vergehen und Verbrechen nicht zulässig. Für diesen Fall besteht ein besonderes Verfahren, gegen das der Verurteilte mit der sogenannten „Dopplung“ Berufung einlegen kann. Es ist also außer der Revision beim Pariser Kassationshof eine Berufung des Werdener Prozesses zu wiederholten Malen gestattet und damit die Möglichkeit eröffnet, die ganze Windigkeit und Erbärmlichkeit des französischen Gerichtsverfahrens mehrmals vor aller Welt aufzuzeigen. Die kriegsgerichtliche Komödie, die beweisen will, daß nicht der Täter, sondern das Opfer schuld ist, und daß die deutschen Ruhrkämpfer eine gefährliche Sorte gemeiner Verbrecher sind, wird dann doch eines Tags in ihrer jämmerlichen Verlogenheit offenbar werden.

Dr. E. H.

Aus den besetzten Gebieten

Die Ausweisungen

Koblenz, 7. Mai. Die Ausweisungen durch die Rheinlandkommission haben in größtem Umfang eingesetzt. Dabei ist es vor allem auf Breußen und Wingen abgesehen. Die größte Zahl stellen die Eisenbahner und Postbeamte. Die Kommission hat aber in den letzten Tagen auch viele Privatleute ausgewiesen. Auch evangelische Pfarrer werden jetzt mehr von dem Schicksal ereilt. Lehrer, die vor vier Jahren die Heimat in Ost- und Westpreußen verlassen mußten, um im besetzten Gebiet eine neue Heimat zu finden, müssen jetzt zum zweitenmal auswandern.

Raubkrieg

Düsseldorf, 7. Mai. Die Franzosen bemächtigten sich aus der Stadtkasse eines Betrags von 50 Millionen Mark als „Buße“ für angebliche Störungen des Fernsprechnetzes.

Krefeld, 7. Mai. Das belgische Polizeigericht verurteilte den Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister a. D. Dr. Wolf aus Duisburg zu 50 000 Mark Geldstrafe.

Buer, 7. Mai. Ein französischer Wachposten schoß in einen Trupp Wanderobdel und tötete einen jungen Mann schwer.

In Ruhrort wurde von französischen Marinesoldaten ein holländischer Schleppkahn mit Kohlen überfallen und die holländische Fahne heruntergezogen. Die Besatzung verließ das Schiff, worauf er von einem französischen Schleppboot weggeführt wurde. Auf Einschreiten des holländischen Konsuls wurde nach vier Tagen das Schiff wieder freigegeben. Es zeigte sich, daß der Hausrat des Schiffbesizers, alle Flaggen und ein Magnet des Motors gestohlen waren; in der Kajüte war der Ofen umgeworfen, Spiegel und Fenster zertrümmert.

In Bonn haben 180 Familien von Beamten der verschiedenen Behörden den Befehl erhalten, binnen 4 Stunden ihre Wohnungen zu räumen. Sie dürfen nur Kleider und Wäsche mitnehmen; vor den Häusern sind Wachposten aufgestellt, die acht geben, daß keine Möbel und Geräte mitgenommen werden.

In Trier wurden 28 Eisenbahner mit Familien (150 Köpfe) aus den Wohnungen ausgewiesen. Damit sie keine Unterkunft in Gasthöfen finden, wurden die vorher sämtlich von den Franzosen besetzt.

In Krefeld ist der Güterbahnhof mit vielen ansehnlichen Gütern, Benzin usw. vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Milliarden Mark.

Für die besetzten Gebiete

Der Frauenausschuß des Finnischen Roten Kreuzes hat für das Ruhrgebiet 130 000 Finnennark (etwa 134 Millionen Mark) und 187 155 Reichsmark sowie bedeutende Mengen von Lebensmitteln gesammelt. Die Gaben sind bereits dem Deutschen Roten Kreuz übermittelt worden.

Farbige Soldaten als Kohlenlader

Weslar, 7. Mai. In Wablar sind 700 farbige Soldaten angekommen, die damit beschäftigt werden, die Vorräte der Brückfabriken aufzuladen.

Rückgang der französischen Eisenindustrie

Berlin, 7. Mai. Am Dezember 1922 wurden in Frank-

reich 315 288 Tonnen Roheisen und 114 597 Tonnen Rohstahl erzeugt, wovon auf Lothringen 219 137 bzw. 148 000 Tonnen entfielen. Im März 1923 wurden noch 316 146 Tonnen Roheisen und 115 807 Tonnen Rohstahl gewonnen; davon in Lothringen 88 652 bzw. 79 222 Tonnen. Seit dem Ruhrbruch ist also die Eisen- und Stahlerzeugung Frankreichs um ein Drittel, die von Lothringen um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Lord Curzon über die Sicherheiten

London, 7. Mai. Bei dem Essen der konservativen Primrose-Liga hielt Lord Curzon eine Rede. Er sagte u. a. die einzige Lösung der Schwierigkeiten Europas liege in einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Man müsse ins Auge fassen: 1. die Festlegung einer endgültigen Entschädigungssumme, die der Zahlungsfähigkeit Deutschlands entspreche, und die Wiederherstellung seines Kredits, 2. die Festlegung eines breiten, schützenden Gebietsstreifens zwischen beiden Ländern, durch den keine militärischen Streitkräfte gesandt werden dürfen.

Französische Unfreundlichkeit gegen England

Paris, 7. Mai. Die Blätter geben nun zu, daß die britische Regierung „mit sehr starkem Nachdruck“ in Paris und Brüssel den Wunsch nach einer gemeinsamen Verantwortung der deutschen Note durch die Verbandsmächte ausgesprochen hat. Poincaré hat indessen jede Aussprache über die von ihm mit Belgien vereinbarte Antwort abgelehnt. Das einzige Zugeständnis war, daß die Antwort 24 Stunden eher in London und Rom mitgeteilt wurde, als sie an den deutschen Vertreter in Paris übergeben wurde. So erklärt sich die Verschiebung der Uebergabe an Herzog von Hôlich, zugleich ließ Poincaré mitteilen, daß die französische Regierung an ihrem Standpunkt unbedingt festhalte und keinerlei fremden Einspruch zulassen werde. — Das ist der offenste Vorstoß, den sie eine Großmacht von einer mit ihr verbündeten Regierung erfahren haben dürfte, verfehlt überdies durch die Sprache, die die Pariser Blätter gegen die britische Regierung führen. Ob England sich diese Behandlung gefallen lassen wird?

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 7. Mai. Der Reichstag hat eine Entschliebung des Ausschusses, daß die Berufsausbildung der Lehrlinge gesetzlich geregelt werde, angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, die Lehrlinge in die Tarifverträge einzubeziehen und die Bezahlung der Fortbildungskosten dem Lehrherrn auszubürden, wurde an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Angenommen wurde ferner eine vom Abg. B r e n n (Soz.) beantragte Entschliebung, daß eine besondere Entschädigung solchen Arbeitern zu gewähren sei, die im Betrieb besonderen Gefahren oder Berufskrankheiten ausgesetzt sind.

„Eine bürgerliche Niederlage“

Berlin, 7. Mai. Nachdem zweimal die Beratung des Antrags der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Reichstags (Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei) betreffend den Schutz von Versammlungen dadurch vereitelt worden war, daß die Sozialdemokraten den Saal verließen und die zurückbleibenden bürgerlichen Abgeordneten nicht zahlreich genug anwesend waren, um trotzdem die Beschlussfähigkeit des Hauses, wozu derzeit 230 Abgeordnete nötig sind, aufrecht zu erhalten, kam nun der Antrag zum dritten Mal auf die Tagesordnung. Auch diesmal waren von den 289 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien wieder weniger als 230 anwesend, der Antrag wäre also wieder gefallen, da die Sozialdemokraten ihre Durchkreuzung wiederholen wollten. Die Demokratische Partei erklärte nun, zugleich im Namen des Zentrums, daß sie für einen von dem Abg. R a d b r u c h (Soz.), den früheren Reichsjustizminister, eingebrachten Antrag stimmen werden, wonach unter die Strafbedrohung solche Gewalttätigkeiten nicht fallen die im Zusammenhang mit Versammlungen, Aufzügen usw., also vor oder nach denselben begangen werden, oder wenn sie die gewalttätige Sprengung dieser Veranstaltungen nicht erreichen konnten. Dieser Antrag ging tatsächlich durch; dagegen stimmten die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei. Die Sozialdemokraten verzichteten darauf auf weitere Obstruktion, stimmten aber gegen den erstgenannten Antrag, der in seiner abgeschwächten Form von der bürgerlichen Mehrheit in zwei-

Blaubart.

Roman von Martiane Lewis.

Ein frisches, grünes Land, fern von rauchenden Fabrikföten, schlackenumhaften Bergwerken und Hochöfen; den menschenumwühlenden künstlichen Kiesensteinbrüchen der großen Städte!

Ein sicheres, gefahrloses Land, in dem die Latvne nicht tobbringend zu Tal fährt und Berg und Fels nicht mit Abwurf und Stein Schlag drohen; wo nicht giftige Schwaden und schlagende Wetter, Wasser und Feuer hundert Leben auf einmal bedrohen und das Meer nicht seine Opfer in harter Krone fordert!

Ein Land seligen Friedens!

Und beglückt liegen die fünf Menschen, die trotz mancher Verschiedenheit so gut zusammenstimmten, diese holde Ruhe auf sich einwirken.

Sie bestiegen in Rudzanny das Dampfschiff und glitten auf den weiten, blauen, schilfumflüsterten und düfften auf den weiten, blauen, schilfumflüsterten und buchenumrauschten Fluten des Spirding- und Mauersees hin. Und die Welt schien nur leise in Luft, Klang, Schönheit und Stille der Zeit der goldenen Reise, der Fülle und des Genügens entgegenzuatmen.

Wieder auf festem Lande und im Wogen, wandten sich die Ausflügler nördlich. Hinter Goldapp tauchten sie in die Tiefen der Romintener Heide. Und die heilige Stille, der würzige Odem des schiefer entlofen über hunderttausend Gebirgsteilen großen Forstes umfingen sie. Der sonnenlichter durchspielte Hochwald, die blumenübersäten Lichtungen, das rauschende, tangende Rominteschlischen zwischen den wilden, mächtigen Felsblöcken der Vorzeit und den saftig grünen Wiesentälchen inmitten der bewaldeten Höhen, der große Grenzsee und die bunte drachenbewehrte nordische Holzarchitektur der kaiserlichen Schöpfungen, ein

fern im bläulichen Waldbuff verschwindendes Rudel der starken Hirsche, das Treiben des kleinen Getiers erfreuten sie auf längeren Wanderungen.

Sie wohnten bei Mutter Steiner in Groß-Rominten und unternahmen von dort aus eine Fahrt nach dem Traufener Gestüt und nach Schloß Veynubanen, diesem Mark- und Grenzsteine deutscher Kultur mit seinem statuengeschmückten Märchenparke und dem weißen Griechenhause voller edelster Kunstwerke, köstlicher Geräte und Teppiche, an denen sich im Sommer allwöchentlich einmal jeder einfaches Landmann, jede bescheidenste Frau aus dem Volke oder wen es von Einheimischen und Fremden sonst gelüftete, uneingeschränkt und scheinbar unbeobachtet freuen durften.

Danach trat die kleine Gesellschaft die Heimreise an. Denn in all den tiefen Gottesfrieden hinein flatterten ihre die Zeitungsbücher nach und suchten immer wieder bange Besirchtungen an, die jeweils als scheinbar grundlos am Verlöschen waren und dann wieder aufflackerten.

Die einzelnen Teilnehmer an der Fahrt waren einander nicht nur äußerlich sehr nahe gerückt. Die herrliche Natur, aber auch das erregte Warten auf eine Entscheidung der Weltgeschichte machte sie empfänglicher für jede Stimmung als sonst wohl.

Bei Philipp und Donata schienen die ursprünglichen Anlässe zu ihrer Verlobung vollständig in Vergessenheit geraten, jede Eifersucht auf Thea und Attmatt verschwunden zu sein. Die jungen Leute waren nur noch ein ganz regelrechtes Liebespaar!

Die Väter konnten sich im Glück ihrer Kinder.

Und Thea und Attmatt kamen sich, stets mit den andern zusammen und unter dem Zwange enger Gemeinschaft stehend, doch freier als sonst vor und strakten heftig die Fühlfäden ihrer Seelen aus, um wechselseitig

ihr tiefstes Innere zu ergründen. Und was sie da fanden, beglückte sie ebenfalls aufs innigste.

Kemmermann aber sah dem heimlichen Spiel, das sich keines von beiden Beteiligten eingestand, mit der heiteren Ruhe eines in sich gefestigten Weltweisen zu, der alles hat, was er braucht, und versuchte seine Frau mit nett ausgedachten kurzen Postkartennachrichten aramöhsisch und eifersüchtig zu machen, damit „die Liebe frisch würde!“

Kurze Zeit nach den Ausflügeln trafen auch die Reisenden aus Berlin wieder ein. Diesmal alle zusammen. Ebert drängte von neuem auf Beschleunigung der Hochzeit. Und Floß, die sich jeder mädchenhaften Verschämtheit zum Verdruß ihrer Mutter und Schwester und zum Staunen Donatas entäußert zu haben schien, unterstützte ihren Bräutigam höchst nachdrücklich.

Thea und Kemmermann ließen sich keine Verwunderung anmerken: beide grübelten den Vorgängen in dieser Frauenseele nach und trafen wahrscheinlich in ihren Vermutungen zusammen.

Der im allgemeinen durchaus nicht weichenmütige Vater begegnete seiner Ältesten mit rührender Rücksichtnahme und machte ihre Wünsche zu den seinen.

Thea ordnete sich der jüngeren Waise mit einer solchen Dienstbeflissenheit unter und war so besorgt und tätig für sie, daß ihr Eifer einem scharfen Beobachter, wie der Rat es war, ein wenig nach Schuldbewußtsein schmeckte.

Die Herren, die bei den häufigen Zusammenkünften viel aufeinander angewiesen waren, da die Damen die Hände voller Arbeit hatten, politisierten natürlich mit Vorliebe.

Die Politik schien der neutrale Boden zu sein, auf dem nur sachliche Gegenfälle gedeihen und die persönlichen nicht ausgefakt werden durften.

Ebert ließ sich anfangs von einer Gegnerschaft im Verhältnis zu Attmatt nichts oder wenig merken.

ter Befugung angenommen wurde. — Die „Köln. Ztg.“ schreibt dazu, der Schutznachtrag sei jetzt so gut wie wertlos gemacht. Man möge die Nachgiebigkeit entschuldigen, wie man wollte, es liege eine vollständige Niederlage der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie vor. Die Öffentlichkeit habe alles Interesse daran, sich einmal gründlich mit der Frage der Pflichterfüllung der hochbezahlten Reichstagsabgeordneten zu beschäftigen und diejenigen unter ihnen, die in unentschuldigbarer Weise durch ihr Schwänzen wichtige parlamentarische Aufgaben vereiteln, zur Rechenschaft zu ziehen und zur Niederlegung ihres Mandats aufzufordern.

Schmerzregeln der Markführung

Berlin, 7. Mai. Im Haushaltsausschuss des Reichstags erwähnte Reichsfinanzminister Hermes, daß die kumulierte Schuld des Reichs in den drei Monaten von Januar bis März von 1481 auf 6601 Milliarden Mark gestiegen sei. Die Hauptlast für die Ausgaben liegen in der ungeheuren Geldentwertung. So erforderte die Reichsbahn, früher die Haupteinnahmequelle des preussischen Staats, einen Zuschuß von 1700 Milliarden. Als Folgen des Friedensvertrags waren 1600 Milliarden an Ueberweisungen an die Bundesstaaten für Besoldungsvorschüsse und Darlehen über 1000 Milliarden auszugeben, die Befreiung des Ruhrgebiets hat bis 31 März Ausgaben von 374 Milliarden Mark verursacht. Im ganzen betragen die Reichsausgaben im Rechnungsjahr 1921/22 8619 Milliarden Mark, wovon rund 2300 Milliarden durch eigene Einnahmen, 6300 Milliarden durch schwebende Schuld gedeckt sind. An dieser Schuld sind Post und Eisenbahn mit 2600 Milliarden, die Ausführung des Friedensvertrags mit 2000 und die allgemeine Reichsverwaltung mit 1600 Milliarden beteiligt. Die schon unerträgliche Lage der deutschen Wirtschaft verschlimmerte sich wesentlich durch die Befreiung und Aufhebung des Ruhrgebiets. Eine weitere Entwertung der Mark konnte nur mit dem Aufgebot aller Kräfte verhindert werden. Von einer auf wirtschaftlicher Grundlage oder politischer Besserstellung Deutschlands aufgebauten dauernden Festigung der Mark kann jetzt noch nicht die Rede sein. Es wird nachgeprüft, wie weit bei dem ersten Einbruch in die Mark am 18. April spekulative Devisenkäufe des In- und Auslandes mitgewirkt haben.

Die Bergarbeiter lehnen den Schiedspruch ab

Essen, 7. Mai. Die Bergarbeiter haben den Schiedspruch über die Aprillöhne abgelehnt. Eine Tagung aller Bergarbeiter des Reichs soll die Entscheidung treffen.

Zusammenstoß in Lausanne

Lausanne, 7. Mai. Im politischen Ausschuss der Friedenskonferenz, wie es die Pascha die neuerdings plötzlich erhobenen Forderungen der Verbündeten bezüglich der Bürgerschaften, die die Türkei für die Gerichtsbarkeit gegen Staatsangehörige der Verbündeten zu geben habe (Ernennung verbündeter Richter zu den Gerichten in Konstantinopel und Smyrna) entzweit ab. Es sei unerhört, daß die Verbündeten auf einmal ihre eigenen früheren Vorschläge, die von der Türkei angenommen worden seien verweigern und an die Türkei Forderungen stellen, die mit ihrer Staatshoheit unvereinbar seien. Er lehne es ab, den neuen Vorschlag entgegenzunehmen.

Ausweitung der Moskauer „Handesagenten“

London, 7. Mai. Der „Times“ zufolge ist die Mehrheit des britischen Kabinetts gegen die weitere Anwesenheit der Moskauer Handelsabordnung in England.

Württemberg

Stuttgart, 7. Mai. Fleischpreiserhöhung. Im Anschluß an die weitere Steigerung der Viehpreise auf dem Stuttgarter Schlachthofmarkt hat die Metzgereiindustrie die Fleischpreise wie folgt erhöht: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 4800 M (bisher 4700 M); Rindfleisch 2. Güte (unverändert) 4100—4200 M, Kuhfleisch 1. Güte (unverändert) 3200—3400 M, Kuhfleisch 2. Güte 2000—2200 M; Kalbfleisch 4700 M (4600 M); Schweinefleisch 5000 M (4700 M); Hammelfleisch 4100—4200 M (3900—4000 M); Schaffleisch (unverändert) 2900—3100 M.

Amlich wird bemerkt, daß weder die Fleischpreise noch die Viehpreise in Stuttgart den Verkaufspreisen auf dem Land zugrunde gelegt werden dürfen, weil in den Stuttgarter Preisen sowohl die hohen Frachtkosten, als auch die Schlachthofgebühren und sonstige Unkosten enthalten sind.

Zuckererteilung. Im Monat Mai werden auf den Kopf der Bevölkerung zwei Pfund Zucker verteilt. Auf die Kategorien A und B kommt somit je ein Pfund Zucker.

Der ehemalige königliche Privatgarten beim Neuen Schloß soll mittags von 3 bis 5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen auch von 11 bis 1 Uhr gegen mäßiges Eintrittsgeld dem allgemeinen Besuch geöffnet werden.

Lohnbewegung. In der hiesigen Holzindustrie droht wegen Streitigkeit über die Lohnhöhe ein Streik auszubrechen.

Autounfall. Heute vormittag wollte in der Redarstraße bei der Diagonalstraße ein Lastauto der Firma Bullinger zwei anderen Automobilen ausweichen. Dabei stürzte es in den Resenbach. Die beiden Chauffeure wurden verletzt und ins Krankenhaus verbracht.

Festtag. 7. Mai. Kirchenbau. Gestern nachmittags 3 Uhr fand die Grundsteinlegung der katholischen Kirche statt. Die Amtshandlung wurde durch Detan Müller-Ludwigsburg vorgenommen.

Heilbronn, 7. Mai. Am richtigen Platz. Der frühere Gemeinderat und Eisenbahnsekretär Richard Kübler hier, der wegen großer Eisenbahndiebstahle und Urkundenfälschung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt, aber auf freiem Fuß belassen worden war, ist aus Stuttgart, wo er eine gutbezahlte Stellung erlangt hatte, plötzlich verschwunden, bevor er seine Strafe antreten mußte. Er soll im besetzten Gebiet in französische Dienste getreten sein.

Böhmischer M. Geislingen, 7. Mai. Opferstock. Die in der Kapelle St. Patrick, ein beliebter Wallfahrtsort, wurde von unbekannter Hand der Opferstock erbrochen. Auf einem Acker fand man den geleerten Opferstock. Der Dieb war durch das Fenster der Sakristei eingekriecht.

Heidenheim, 7. Mai. Einbruch. In einem Geschäft der Felsenstraße wurde nachts eingebrochen. Die Diebe schraubten das Fenster des Gitters los und gelangten so in die Geschäftsräume, wo sie 26 Herrenanzüge und Stoff im Wert von etwa 10 Millionen Mark stahlen.

Craßfeld, 7. Mai. Pferd diebstahl. Dem Gast- und Landwirt Georg Scheu wurde ein schönes Pferd schweren Schlags aus dem Stall herausgestohlen.

Minister Graf *

Stuttgart, 7. Mai. Nach langem Leiden ist heute nachmittag drei Uhr der Minister des Innern, Graf, im Marienhospital gestorben. — Der Tod des Ministers kommt nicht unerwartet. Ein tödlicher Grippeanfall hat vor längerer Zeit schon der unerschütterlich scheinenden Gesundheit dieses Mannes einen Stoß versetzt, seit dem er kränkelt, um sich nicht mehr zu erholen. Der Zustand ließ schon geraume Zeit keine Hoffnung mehr aufkommen. Und nun hat der Tod dem Leben des Mannes ein Ende gesetzt, dessen eiserner Willenskraft kein Widerstand zu stark schien. Dieser Willensstärke, die sich mit einer erstaunlichen politischen Umsicht vereinigte und die bei aller Kampfesentschlossenheit seiner Natur doch stets von einem warmen Herzen und gut deutschem Empfinden gelenkt war, verdankt Graf seine Erfolge im Staatsdienst. Als der frühere Postbeamte des mittleren Dienstes, der sich allerdings als Abgeordneter des würt. Landtags schon eine geachtete politische Stellung erworben hatte, nach der Revolution erst als Ernährungsminister und dann in kritischer Zeit als Minister des Innern in die Regierung berufen wurde, mochte das manchem bedenklich erscheinen. Aber Graf hat alle Zweifel besiegt und sich — das Zeugnis werden ihm auch seine politischen Gegner nicht verweigern können — glänzend bewährt. Er war ein Mann, der wußte, was er wollte, und der sich von dem, was er für recht und gut erkannt hatte, nicht um Haarebreite abbringen ließ. Er hat sich um Land und Regierung in Württemberg unstreitig große Verdienste erworben und das Land bringt ihm in aufrichtiger Trauer um seinen allzufrühen Hingang an der Bahre den herzlichsten Dank dar.

Minister Eugen Graf hat nur ein Alter von etwas über 50 Jahren erreicht. Er ist in Stuttgart am 4. Januar 1873 geboren, wo er das Gymnasium besuchte. Er trat in den württembergischen Postdienst ein. In den Kreisen seiner Partei, des Zentrums, wurde man bald in den geistig reifen Mann aufmerksam, und er wurde wiederholt in den Landtag gewählt. Auch dem Stuttgarter Gemeinderat gehörte er an. 1919 wurde Graf Ernährungsminister und Juli 1920 Minister des Innern.

Kokales

Wildbad, 8. Mai 1923

Liederkränz-Konzert. Von bestreundeter Seite erfahren wir, daß der Liederkränz Wildbad kommenden Sonntag den 13. ds. Mts. nachmittags 4 Uhr in der Turnhalle ein Frühjahrskonzert veranstaltet. Obwohl sich die Turnhalle für diesen Zweck nicht recht eignet, werden die zum Vortrag gebrachten Chöre von der guten Schulung der Sängerschaft unter der bewährten Leitung des Herrn Musikdirektors A. Günth Pforzheim besten Beweis liefern, auch verschiedene Musikstücke, Solis u. hervorragender hiesiger Künstler werden zur geschmackvollen Vervollständigung beitragen. Das Konzert wird zur Hebung der idealen Sängerschaft und zur Werbung in weitesten Einwohnereisen seinen Zweck voll und ganz erfüllen, zumal die rührige Vereinsleitung in entgegenschmücker Weise den Vereinsmitgliedern samt Familienangehörigen völlig freien Eintritt gewährt. Selbstverständlich haben auch Nichtmitglieder gegen geringe Gebühr Eintritt. Wir wünschen dem Liederkränz ein vollbesetztes Haus, und wird auch ein finanzieller Erfolg durch edle Spender sichergestellt sein.

Außerkräftigung von Freimarken. Die Freimarken zu 5, 10, 15, 25, 30 und 40 Pfennigen (Bismarckmarken), sowie zu 60, 80, 100, 120 und 160 Pfennigen (Arbeitermarken) und die Marken zu 10, 15, 25 und 30 Pfennigen zur Erinnerung an die Nationalversammlung verlieren bekanntlich mit Ablauf des 30. Juni ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis zu dem Zeitpunkt an den Schaltern der Postanstalten bar eingelöst. Da bei den Poststellen mit Pfennigen nicht mehr gerechnet wird, können nur volle Mark vergütet werden. Beträge unter 1 Mark bleiben unberücksichtigt.

Keine Verkehrsperre im Schwarzwald. Amlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß von der Hauptbahn Karlsruhe-Basel nur die Orte Appenweier und Offenburg feindlich besetzt sind. Der Schwarzwald ist dagegen in seiner ganzen Ausdehnung weder besetzt, noch in irgend einem Teil vom Verkehr abgesperrt.

Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Am 15. Mai d. J. ist eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer fällig. Sie beträgt ein Viertel der für das Jahr 1921 im Steuerbescheid festgesetzten Steuer. Seitdem hat sich das Einkommen der Steuerpflichtigen außerordentlich stark erhöht. Für diesen Fall ist im Gesetz eine Erhöhung der Vorauszahlungen durch die Finanzämter vorgesehen. Die Finanzämter sind angewiesen, von dieser Ermächtigung in geeigneten Fällen, insbesondere dann Gebrauch zu machen, wenn die tatsächlich geleisteten Vorauszahlungen in einem auffälligen Minderungsverhältnis zum gegenwärtigen Einkommen stehen.

Der Müttertag. Der Deutsche Müttertag soll, wie bereits berichtet, am 13. Mai abgehalten und zugleich ein vaterländischer Feiertag für Rhein und Ruhr werden. Die Hauptblume des Tags soll eine echt deutsche Blume sein, das liebliche „Stiefmütterchen“, wie es im Volksmund heißt.

Reichsschau für Zuchtställe. Am 16. und 17. Mai veranstaltet der Reichsverband für deutsche Schafzucht in Würzburg die zweite Reichsschau für Zuchtställe von Landstarrassen. Auch aus den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden sind zahlreiche Anmeldungen eingegangen.

Im Grenzverkehr mit Oesterreich ist für bayerische Landesangehörige eine Vereinbarung über eine Erleichterung des Grenzverkehrs getroffen. Für sonstige deutsche Staatsangehörige, die über Bayern nach Oesterreich wollen, ist jedoch ein Auslandsreisepaß, der Unbedenklichkeitsvermerk des zuständigen Finanzamtes sowie ein Sichtvermerk des für den Wohnort zuständigen österreichischen Konsuls erforderlich. Die bisherigen Erleichterungen für württembergische und badische Grenzangehörige bleiben bestehen.

Werkzeuge für das Herdlochen. Der Bayerische Wärmewirtschaftsverband hat eine Schrift herausgegeben, die viele beherzigenswerte Winke für die sparsame Behandlung von Wärmeöfen und Kochherden enthält. (Zu beziehen durch die Hauswirtschaftliche Beratungsstelle in München, Weinstraße 13). Aus den Ratsschlüssen sei hervorgehoben: 1. Koche nur auf offenen Ringen. 2. Benutze beim Anfeuern ganz

trockene Späne und zerleinerte Briketts oder Torf. 3. Stelle kein Wasser in die Bratröhre, damit diese keinen Rost bekommt. 4. Verbrenne keine Küchenabfälle. 5. Laß die Herdtüre zumauern und zu großen Rost verkleinern. 6. Der Rost soll stets ganz mit Blut bedeckt sein. 7. Neuer Brand soll nicht auf den Rost, sondern vor oder neben ihn aufgelegt werden. — Der Verein hat u. a. einen neuen Wohnzimmersofa (breite, niedrige Form, statt der hohen turmartigen) sowie einen Küchenherd mit möglichst großer Wärmewirkung bei geringstem Brennstoffverbrauch als Muster bauen lassen.

Der Gesundheitszustand der Studenten. Im letzten Winter wurden an der Universität Tübingen 1640 Studenten und 136 Studentinnen, d. h. 10 Prozent aller reichsdeutschen Studierenden, freiwillig auf ihren Gesundheitszustand untersucht. Die Körpergröße betrug bei Studenten durchschnittlich 173½ bis 174 Zentimeter (der Durchschnitt im Reich betrug früher 160 bis 170 Zentimeter), trotzdem betrug das Körpergewicht 8 bis 10 Pfund weniger als das während des Kriegs festgestellte Durchschnittsgewicht bei jungen Männern. Die durchschnittliche Größe der Studentinnen betrug 163 Zentimeter. Das Gewicht der Studentinnen ist im allgemeinen bei geringeren Körperlängen größer als das der Studenten, bei größeren Körperlängen etwas kleiner. Bei 59 Studenten und 8 Studentinnen wurde Tuberkulose, bei 10 Studenten Herzfehler festgestellt. Im allgemeinen ergaben sich Beweise für große Not der Studierenden. Die Untersuchungen sollen künftig in jedem Semester vorgenommen werden.

Allerlei

Amerikaspende. Die vereinigten Bayernverein in Milwaukee (Wis. Staaten) haben der Stadt München wieder wie im vorigen Jahr 4 Millionen Mark für wohltätige Anstalten überlassen.

Studentenhilfe des Manchester Guardian. Das führende englische Blatt in der Grafschaft Lancashire, dem Hauptstift der englischen Spinnerien und Webereien, der „Manchester Guardian“, veröffentlicht einen auch von den Vorstehern der Manchester-Universität, darunter zwei Bischöfe der Hochkirche, unterzeichneten Aufruf, den notleidenden Studenten Deutschlands und Oesterreichs zu Hilfe zu kommen. Die erbetenen Liebesgaben sollen hauptsächlich aus Kleidern und Bettzeug bestehen. Der Mut der Studenten sei bewundernswert, die die bitterste Lebensnot bekämpfen, um ihre Studien fortführen zu können. Der Ruin der deutschen Wissenschaft, so heißt es in dem Begleitartikel des Blatts, würde die Wissenschaft auf der ganzen Welt auf schwerste schädigen, und der Kampf der deutschen Professoren und Studenten, um ihre Universitäten am Leben zu halten, sei ein Kampf von tiefster Bedeutung für Europa und die ganze Welt.

Schutz den Alpenpflanzen. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Herr von Rohr, hat die Bezirksämter angewiesen, die oberpolizeilichen Vorschriften über den Pflanzenschutz strengstens zu handhaben und die Erlaubnisbescheine für das Einsammeln von Pflanzen möglichst einzuschränken. Das Ausreißen und Ausgraben mit den Wurzeln, Knollen oder Zwiebeln ist streng verboten. Unter das Schutzgesetz sind insbesondere gestellt, Alpenrose, Adonisröschen, Auzikel, Bergmandl, Bergaster, Alpenveilchen, Edelweiss, Eibe, Enzian, Schwertlilie, Waldnelke, Rohrkolben und Raigoldäcker.

Eiergeschäftshandel. Ein Stuttgarter Gemüse- und Eiergroßhändler schickte seinen 13jährigen Sohn mit mehr als einer Million Mark nach München, um in dortigen Kleinhandelsgeschäften frische Eier zum Stückpreis von 300—320 M. anzukaufen. Der Junge hatte bereits 1025 Stück bei einander und wollte sie als Reisegepäck auf der Bahn aufgeben, als die Polizei dahinter kam und den ganzen Bestand beschlagnahmte. Die Eier wurden an Wohltätigkeitsanstalten verteilt.

Gemeinsamer Tod. Ein Ehepaar Erhard Bahmus aus Berlin, das sich in einem Balthof am Starnberger See eingemietet hatte, fuhr in einem Kahn auf den See hinaus. Später fand man das Schiff treibend und in demselben zwei Hüte und eine Handtasche. Es scheint, daß das Ehepaar den Tod im See gesucht und gefunden hat.

Der Preis für markenfrees Brot (1900 Gramm) wurde in Berlin auf 2200 M. erhöht.

Gasvergiftung. In einer Wohnung in Breslau wurden morgens vier Personen tot aufgefunden. Die Gasleitung war unrichtig geworden.

Milde Strafen. Der Reisende Max Fischer, der in einem Berliner Pelzwarengeschäft angestellt war, entwendete dort während eines Jahrs Felle im Wert von 100 Millionen Mark und verkaufte sie um den zehnten Teil des Werts an seinen Freund Walter Breitenfeld, der ihm aber in Wirklichkeit nur eine Million ausbezahlte. Die Million wurde in Vikorstuden vertrunken. Fischer kam mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis davon, Breitenfeld, ein gewerbsmäßiger Hehler, erhielt ein Jahr Zuchthaus.

Die schönste Frau soll Paula von Biquier in Toulouse (Frankreich) gewesen sein, die glücklicherweise schon am Anfang des 14. Jahrhunderts lebte. Sie konnte sich nach alten Berichten nicht auf der Straße sehen lassen, ohne daß ihr ganze Scharen nachfolgten. Von fern her kamen Reisende, um sie zu sehen. Der Gemeinderat erteilte schließlich im Interesse der öffentlichen Ordnung der schönen Paula den bittern Befehl, nur verschleiert auszugehen, was beinahe zu einem Volksaufstand geführt hätte. Darauf wurde genehmigt, daß sie zweimal wöchentlich eine Stunde lang an ihrem Fenster sich bewundern lassen dürfe. Damit war das Volk zufrieden, Paula aber beschwerte sich über den Zwang. Die Klage wurde abgewiesen.

Deutschlands Armut

Das Londoner Blatt „Westminster Gazette“ stellt in einem Aufsatz Betrachtungen darüber an, ob Deutschland die von ihm verlangten oder angebotenen Kriegsschadigungen bezahlen könne. Als Unterlagen bringt sie folgende Zusammenstellung über die Kaufkraft des Lohns eines männlichen Angestellten in Deutschland und England. Die Preise sind berechnet auf der Grundlage des Geldwerts und der Warenpreise von Ende Januar 1923, sie sind also durch den neuen Marksturz bereits weit überholt. Ein Angestellter muß arbeiten um zu bekommen in:

	Deutschland	England
1 Pfund Margarine	5 Stunden	20 Minuten
1 Ei	30 Minuten	10 Minuten
1 Pfund Zucker	1 Stunde	20 Minuten
1 Pfund Markenbrot	1,20 Stunden	15 Minuten
1 Pfund Rindfleisch	4,20 Stunden	1,12 Stunden
1 Anzug	7 Wochen	1,5 Wochen
1 Paar Schuhe	5 Wochen	2 Tage
1 Stück Seife	45 Minuten	12 Minuten



Letzte Nachrichten.

Keine unbedingte Ablösung?

Berlin, 7. Mai. Die französische Note hat in hiesigen politischen Kreisen keinerlei Erregung hervorgerufen. Man war auf eine Ablehnung gefaßt gewesen. Man glaubt aber, Anlaß zu Ergänzungen und somit zu einer Diskussion zu haben. Die französisch-belgische Note muß jedenfalls richtiggestellt werden. Zunächst werden noch die Antworten aus London und Rom abgewartet. Erst dann wird die Regierung sich schlüssig machen können, welche Schritte sie einzuschlagen gedenkt. Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ wird beabsichtigt, daß am Freitag im Reichstag bei der dritten Lesung des Kanzlerats der Reichskanzler zu den Antworten auf die deutsche Note Stellung nimmt.

Neue französische Urteile.

Dortmund, 7. Mai. Bürgermeister Fischer und Bauat Ulrich aus Dortmund sind wegen Verübung angeblicher Sabotageakte an der französischen Telegraphenleitung zu einer Geldstrafe von 100 Millionen Mark verurteilt worden. Im Falle der Nichtzahlung soll die Summe aus den Vermögen der Stadt beigetrieben werden.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 7. Mai. Der „Matin“ hält es für möglich, daß es anlässlich des Zusammentritts der Kammer am Dienstag zu einer längeren Besprechung der Ruhrfrage kommen werde.

Vor einer gemeinsamen Konferenz der Alliierten.

Paris, 6. Mai. Der „Newport Herald“ schreibt zu der Rede Lord Curzons: Lord Curzons letztes Mandat wird als ein Schritt zu einer Alliiertenkonferenz angesehen, der die Festlegung einer gemeinsamen Politik vorbehalten sein soll. Das Blatt fügt hinzu, es sei durchaus klar, daß die englische Regierung in den Vorschlägen Deutschlands eine gewisse Basis für Verhandlungen erblickt. Während aber Deutschland nicht so weit nachgeben will, wie Frankreich es verlangt, so herrscht doch die Ansicht vor, daß es bereit ist, viel mehr Entgegenkommen zu zeigen wenn die Alliierten ihre Einheitsfront wieder hergestellt haben.

Der Kleintierhof im Mai.

In den Taubennestern tritt in der wärmeren Jahreszeit viel Ungeziefer auf, und ganz besonders die Vogelmilke. Von jetzt an wechsele man die Nisthalen spätestens alle acht Tage und streue sie mit Tabakstaub ein oder gebe auch nur ein paar getrocknete, kleingeschnittene Zigarrenstummel hinein.

Der Übergang zur Grünfütterung der Kaninchen darf nur allmählich geschehen, und für den Anfang ist es immer am besten, die Pflanzen recht klein zu schneiden und sie mit gehacktem Heu oder Stroh, auch wohl getrockneten Kartoffelschoten, zu mischen. Dann kann man auch die Jungtiere gleich ohne Bedenken mitfressen lassen. Beim Absetzen der Jungkaninchen entfernt man die geringsten zuerst vom Muttertier und lasse gerade den besten am längsten die Milch zukommen. Die Jungtierställe sollen ausreichend Raum bieten und auch mit einem Querbrett versehen werden, um Gelegenheit zum Springen zu bieten.

Für die Ziegen und Lämmer sollte jetzt der regelmäßige Weidegang einsetzen. Man bringe sie aber niemals hungrig hinaus, sondern gebe stets vorher eine reichliche Gabe Heu. Auch die Grünfütterung im Stall sollte die Ubergewöhnung ähnlich geschehen, wie für Kaninchen angegeben. Diese Tiere müssen ebenfalls Bewegung haben. Man brühe die Melkgefäße mit Sodawasser aus und lasse der Milch auf jedes Liter eine kleine Messerspitze doppeltsohniges Natron zu, worauf sie nur längere Zeit auf 70 bis 80 Grad erhitzt, aber nicht gelocht werden darf.

Ein Amerikaner zur politischen Lage

ep. Der durch sein großartiges Hilfswerk für die notleidende deutsche Kinderwelt bekannte Bischof D. Ruessen stellt im Zentralorgan der amerikanischen Methodisten fest, daß die physische und sittliche Verelendung des deutschen Volkes von Monat zu Monat in immer schnellerem Tempo zunimmt, und urteilt: „Das Vorgehen Frankreichs ist ein Verbrechen nicht nur an Deutschland, sondern an ganz Europa. Frankreich verhindert den Frieden in Europa. Frankreich verhindert den Frieden in Deutschland politisch und wirtschaftlich zu zertrümmern, bringt nicht bloß unsägliche Leiden über Millionen unerschulter Menschen, sondern treibt ganz Europa dem Abgrund zu. Darüber können keine schöne Phrasen hinwegtäuschen. Hat nun Amerika das sittliche Recht, untätig abseits zu stehen? Amerika ist verantwortlich für den Sieg und für den Frieden. Diese Verantwortlichkeit können wir nicht abkühlern, auch nicht durch die Liebesgaben. Daher halte ich es für die sittliche Pflicht Amerikas, einzugreifen. Möge dies bald geschehen, ehe es zu spät ist!“

Zur Schuldfrage

Die Verträge von Versailles und St. Germain beruhen auf der Versicherung, in der Alliierten der Zentralmächte. Diese Versicherung ist eine Lüge, ein kühner Widerspruch der Wahrheit. Daraus folgt, daß das ganze Gebäude einstürzt, daß nichts davon vor dem Recht, vor heiliger Gerechtigkeit Bestand haben kann. Daß sie von beiden Parteien unterzeichnet sind, das hat nichts zu bedeuten. Denn, wie Norman Angel gesagt hat: Wenn euch jemand ein Messer an die Kehle hält und sagt: Unterzeichne dies Papier oder ich schneide dir den Hals ab, breche dein Haus nieder, töte deine Frau und deine Kinder — dann hat die so erlangte Unterschrift weder moralisches noch juristisches Recht.

Louis Guétant. Bericht über den Vertrag von Versailles (für den Kongreß der Liga für Menschenrechte in Straßburg 1920) S. 37.

Sport

Fußball

Die Stuttgarter Riders gewannen in Berlin auf ihrer Fahrt nach Fünemark das erste Spiel gegen Nord-Nordwest 2:0 (1:0). Das Rückspiel der Stuttgarter Turn- und Sportfreunde endete gegen 1. FC Pforzheim 0:0.

WfA Heilbronn gegen FV Union Bödingen 3:1 (1:1). Im Freundschaftsstreifen legte die Normannia Omdorf über Union Augsburg mit 3:2 (1:1).

Der südbayerische Abteilungsmeister, TV 1860 München, siegte in Ulm über den VfR mit 4:1 (3:1).

Beim Karlsruher Fußballturnier spielte FC Mühlburg gegen WfA Heilbronn 1:3 (0:1); ferner FV gegen Sporthlub Stuttgart 2:3 (2:0).

Der Nürnberg-Fußballverein trat am vergangenen Mittwoch seine Reise nach Spanien an, wo er bekanntlich mehrere Spiele erleben wird.

1. FC Nürnberg war in Leipzig und Dresden. Nürnberg gegen Spielvereinigung 2:2 und gewann gegen den Sportklub Dresden 3:1.

Schwimmen

In Tübingen veranstaltete der SV ein gauoffenes Schwimmfest im Uhlbad, das wechselvolle Kämpfe mit spannenden Momenten brachte.

Auto

Der Motorrad-Klub Stuttgart hielt eine Straßenzuverlässigkeitsfahrt über 104 Kilometer unter dem Titel „Rund um Stuttgart“ ab. Von 105 gemeldeten Motorrädern starteten 91, von denen 73 das Ziel erreichen konnten.

In Offenbach verunglückte tödlich der bekannte Rennfahrer Willi Kellner. Er fuhr mit voller Wucht gegen den Leitungsmaß der Straßenbahn.

Kadefahren

Die Kadefahrt München—Zürich, die unter Beteiligung von 47 Fahrern (der besten Klasse der Schweiz und Deutschlands) zur Durchführung kam, brachte den Schweizern durch ihren Meisterfahrer Euler in der Gesamtzeit von 12 Stunden und 42 Minuten einen großen Erfolg. Aberger-Berlin wurde Vierter.

Zugverbindung am Himmelfahrtsfest. Außer den fahrplanmäßigen Zügen verkehren am Himmelfahrtsfest noch folgende: Zug 957, Pforzheim—Wildbad an 8.07. Zug 971 Pforzheim—Wildbad an 3.27. Zug 986 Wild-

bad—Pforzheim Wildbad ab 4.37. Zug 992 Wildbad—Pforzheim, Wildbad ab 7.30.

Co. Gottesdienst. Himmelfahrtsfest, 10. Mai, 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 8 Uhr abends Predigt: Stadtpfarrer Keidel.

Handelsnachrichten

Dallwitz am 7. Mai: 37 744.10 (34 400.90) M. 1 P.S. Sterl. 173 066, 100 bel. Gulden 1 473 670, 100 Schw. Fr. 675 806, 100 franz. Fr. 249 375, 100 belg. Fr. 215 958, 100 ital. Lire 132 293, 100 österr. Kr. 32.18, 100 tschech. Kr. 111 021, 100 poln. Mark 76.75.

Der Papiergeldumlauf. In der letzten Aprilwoche ist der Umlauf der Reichsbanknoten um 449.4 Milliarden auf 6546 Milliarden Mark gestiegen, der Umlauf an Darlehensbanknoten ging um 100 Millionen auf 12.5 Milliarden Mark zurück.

Goldkaufpreis der Reichsbank ab 7. Mai 125 000 Mark für ein Zwanzigmärkstück usw.

Kaffeeeinhandelspreise 16 800—22 800 (Vorwoche 14 830 bis 18 220) das Pfund.

Rohgarpreise der Betriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Rohfadenfabriken: Aufschlag 3000 Prozent (2500).

Stuttgarter Börse, 7. Mai. Heute vormittag lag ziemlich viel Verkaufsmaterial vor in Nachwirkung der etwas abseitsgehenden Kurse vom Ende der letzten Woche. Da aber der Devisenmarkt infolge der ablehnenden Haltung der französisch-belgischen Antwortnote wieder fest einsetzte, erreichten die Kursrückgänge nicht den erwarteten Umfang; die an den Markt kommende Ware wurde glatt aufgenommen und man blieb behauptet nur wenig unter den letzten Notizen. Bankaktien: Hypothekbank 5000, Notenbank 20 000, Vereinsbank 7500. Brauereiernte: Walle 29 900, Ravensburg 5600, Eßlingen 6800, Reichenmeyer 17 000, Hohenzollern 24 000. Metallaktien: Feinmetall 76 000, Hohner 84 900, Jungbans 24 000, Metallwaren 65 000. Maschinenwerte: Daimler 17 750, Laubheimer 50 000, Manius 13 500, Eßlingen 24 000, Hesser 21 900, Weingarten 24 000, Neckarsulmer 21 500. Spinnereiernte: Weiskaben 95 000, Kolb-Schle 30 900, Kuchen 30 000, Filz 30 900, Wolldecken 45 000, Kattun 60 000, Feinindustrie 62 000. Uebrigere Werte: Unterbau 48 000, Millin 47 000, Heidelberg Zement 27 900, Anorr 26 000, Klein-Holzw. 48 000, Krumm 10 500, Salzwerk 175 000, Stuttgarter Zucker 22 500, Union Verlags neue Aktien 27 900, Ziegelwerke 23 500. Württ. Vereinsbank.

Landesrohstoffbörse Stuttgart S. W., 7. Mai. Infolge der politischen Vorgänge und der dadurch hervorgerufenen Devisenfluktuation hat Mitte voriger Woche am Getreidemarkt eine wesentliche Belebung ein, die eine größere Preissteigerung herbeiführt. Die Derlisten sind inzwischen zwar etwas zurückgegangen, doch bleibt die Stimmung fest. Großhandelspreise für 100 Hll.: Roter Weizen 145—155 000 M. Neue Sommergerste 95—110 000 M. Galer 55 bis 104 000 M. Weizenbrot Nr. 0 (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 235—245 000 M. Brotmehl (mit Zusatz von Auslandsgetreide) 210 bis 220 000 M. Kleie 55—60 000 M. Sen württ. (neue Ernte) 38 bis 40 000 M. Getre. württ. (Drohpreis) 38—40 000 M.

Gewerbliche Verelendung zwischen dem Landwirtschaftlichen Grundverband und dem Württ.-Hohenz. Mäckerband und dem Mühlener-Hauptverband betraf die Kundenmahlkörner für den Monat Mai 1923 bei 6 Prozent Mitter 2850 M. bei 7 Prozent 3350 M. pro Mtr.

Sprechsaal

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einfindungen übernimmt die Redaktion nur die presserechtliche Verantwortung.

Eine Bitte an die Post. Die Gebühren für den Fernsprecher, die Zeitungen und so viele andere, welche die Post einzuliefern läßt, sind immer höhere geworden. Wenn die Post mit dem Einzug beginnt, bekommt der Beamte immer häufiger die Auskunft: Kommen Sie morgen wieder; man muß erst das Geld besorgen. Oder, der Vater nicht zu Hause usw. Wäre es nicht sowohl für die Post eine Erleichterung ihrer Geschäfte wie für die Einwohner ebenfalls eine rechte Annehmlichkeit, wenn 2—3 Tage, ehe mit dem Einziehen der Fernsprecher usw. Gebühren begonnen wird, in den städtischen Nachrichten unseres Blattes eine entsprechende Mitteilung erschiene? Dann würden die Einwohner, daß nach 1—2 Tagen der Postbeamte erscheint, um die Beträge zu holen. Das Geld läge gerichtet da und es gäbe sicherlich weit weniger Wege vergeblicher Art und Anstände.

Unsere Dampfwaschanstalt wird Ende Mai eröffnet.

Wir suchen Waschfrauen, Büglerinnen, Wangerinnen und eine Zeichnerin und bitten um persönliche Angebote. Bevorzugt werden die vorjährigen Hilfskräfte.

Hotel Klumpp G. m. b. H.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Diejenigen Mitglieder, welche sich am

Ausflug mit Musik nach Baihingen a. Enz am Himmelfahrtstag beteiligen, wollen sich bis spätestens Mittwoch mittags 12 Uhr beim Kassier Jos. Mayer im Laden anmelden. Fahrtgeld muß bei Anmeldung hinterlegt werden. Abfahrt 4.53 Uhr vormittags.

Das Commando.

Bronzen in Carton u. Flaschen, Aluminium-Bronze für Heizkörper, Ofenlack, Schwarz und grün.

Med.-Drog. A. & W. Schmit. Tel. 3325. Weiherstr. 35.

Turn-Berein Wildbad.

Am Himmelfahrtstag, Donnerstag, den 10. Mai, findet eine

Gauwanderung nach der Enzmühle statt. Dortselbst 3 Uhr

70jährige Jubiläumfeier des Kreises.

Abmarsch des Vereins 1.30 Uhr am Vereinslokal. Der Vorstand.

Drahtstifte

in allen Abmessungen liefern billigst aus Lager vorrat.

Ranher & Gantert Pforzheim Eisen-Stahl-Metalle

Enzthalbank Häberle & Co. Komm.-Ges.

Telefon Nr. 4 Wildbad Postsparkonto Stuttgart Nr. 1041 (früher Disconto-Gesellschaft)

Beforgung aller in das Bankgeschäft einschlagenden Geschäfte.

Annahme von festen Einlage-Geldern gegen Verzinsung (für Beträge über M. 100000.— z. Zt. 15 % p. a.)

In laufender Rechnung vergüten wir z. Zt. 10 % p. a.



MERCEDES DIE MARKE DES KENNERS

DIE NEUHEITEN FÜR FRÜHJAHR UND SOMMER SIND AM LAGER

SCHUHHAUS WILHELM TREIBER

LUDWIG-SEEGER-STRASSE

BEACHTEN SIE BITTE MEINE SCHAUFENSTER!



Heute abend punkt 8 1/2 Uhr Probe bei Walter.

Berloren

wurde an einem Brunnen auf der Landstraße hinter Wildbad 1 Brieftasche mit Post, Bargeld und sonstiges. Der Finder wolle dieselbe gegen gute Belohnung im Kontor ds. Blattes abgeben.

Zu Abt. Eichwäldle kann

Suchholz

geholt werden. Wildbad, 8. Mai 1923. Städt. Forstamt.

Möbl. Zimmer

für Dauer der Saison gegen zeitgemäße Miete von Geschäftsmann gesucht.

Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Für hiesigen Bahnhofstand wird ein Fräulein im Alter von 18—20 Jahren als

Bekäuferin gesucht.

Angebote mit Gehaltsansprüchen an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

